

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verteidigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Verantwortlich für den Inhalt: Deutscher Bauarbeiterverband, Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Zeilzeile oder deren Raum berechnet

Zwangswise Massenspeisung der städtischen Bevölkerung.

Über die praktische Seite der Durchführung seines Planes macht Gadow ganz interessante Bemerkungen. Was den Einkauf der Nahrungsmittel anbetrifft, so soll er sich im freien Verkehr zwischen den Stadtverwaltungen und den Erzeugern der Waren vollziehen durch Vermittlung sachkundiger Personen. Hierdurch werde nicht nur die Möglichkeit gegeben, das nötige Quantum von Nahrungsmitteln zu beschaffen, sondern die Landwirtschaft bekomme auch einen neuen Absatz, ihre Produktion zu steigern. Von einer Bindung durch Höchstpreise, Ausfuerverbote und ähnlichen Zwangsmaßnahmen hält er nichts, da dadurch ein erbitterter Kampf zwischen den einzelnen Versorgungsgebieten und in diesen zwischen den einzelnen Haushaltungen erzeugt werden sei. Dies falle weg, wenn eine Zusammenfassung der Bezugsfrage, eine Zentralisation des Einkaufs, eine Organisierung der Verteilung und ein bestimmter Versorgungsplan durchgeführt werde. Keine Gemeinde dürfe für sich eintreten, weil sonst ein preissteigernder Wettbewerb eintrete; es müsse ihr vielmehr von der Zentralstelle der festgestellte Bedarf zugewiesen werden. Man sieht, daß es bei der Organisierung der Massenspeisung, wie wir sie vorschlagen, ebenfalls nicht ohne Zwang gehe, aber dieser Zwang, so hart er auch empfunden werden mag, ist von einem höheren Standpunkte aus schließlich doch nichts anderes als ein weiser Akt der Voraussicht, um die städtische Bevölkerung vor einer weiteren Verschlechterung der Ernährung zu schützen und um für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Zubereitung und Verteilung der Speisen denkt sich Gadow folgendermaßen: Es wird jedem Verbraucher überlassen, welche Speisen er nehmen will, wobei er natürlich seine Weichmachrichtigkeit und seine Gesundheitsverhältnisse zu Rate zieht; er hat lediglich die Pflicht, sich rechtzeitig zu entscheiden und anzukommen. Es finden mehrere Mahlzeiten statt, weil die Arbeitszeit verschieden ist, und es ist jedem freigestellt, ob er gemeinschaftlich speisen oder seine Speisen mit nach Hause nehmen will. Den minderbemitteltesten Volksschichten wird durch Ausgabe von Speisekarten eine Unterstützung gewährt. Die Zubereitung der Mahlzeiten vollzieht sich in besonderen Küchen, doch werden auch die bestehenden Speisehäuser, Gastlokale usw. mit herangezogen. Als Personal werden die durch die Neuverteilung arbeitslos gewordenen Männer und Frauen verwendet. Die größte Schwierigkeit wird allerdings darin liegen, die Speisung nach einem einheitlichen Plane ordnungsgemäß durchzuführen; doch ist hier die Erhöhung die beste Schutzmaßnahme. Selbstverständlich wird eine strenge Kontrolle nötig sein, damit der Betrieb funktioniert, und eine vorzügliche Rationierung, damit er sich auch rentiert.

Gegen den Plan einer zwangswise Massenspeisung sind erklärlicherweise viele Einwendungen erhoben worden. Amlichereis ist nicht nur dem Programm allerdings nicht völlig ablehnend gegenüber. Man verwirft zwar den Zwang als einen allzu scharfen Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen, aber man hofft, daß durch eine systematische Aufführungsarbeit immer weitere Bevölkerungskreise für den Gedanken der Massenspeisung gewonnen werden könnten. Die Massenspeisung werde sich immer mehr ausdehnen und schließlich von allen denen in Anspruch genommen werden, deren Ernährung durch den privaten Haushalt nicht mehr gewährleistet werde. Wie wir sehen, wird diese Föhl immer größer werden, je mehr die Schwierigkeiten der privaten Ernährung wachsen. Nach einem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat man Angst vor einer allzu großen Uniformisierung der Ernährung, die nicht auf die Höhe getrieben werden dürfe. Diese Angst ist, wenn der Gadow'sche Plan verwirklicht wird, durchaus unbegründet, und damit fallen die seitlichen Gründe weg, die gegen die obligatorische Massenspeisung sprechen.

Aber auch mit wirtschaftlichen Gründen wird der Plan bekämpft. In einem Artikel des „Tag“ fördert der Stadtrat Dr. Woldt, Dortmund, seine Erfahrungen, die er mit der städtischen Massenspeisung gemacht hat, zugleich und kommt zu dem Ergebnis, daß in den Zentralküchen die Speisen keineswegs billiger hergestellt werden könnten als im Einzelhaushalt und daß von einer besseren Ausnutzung der Lebensmittel keine Rede sein könne. Falls die Lebensmittelpreise zur Verfügung gestellt würden, seien letztere insofern, da sie ihre Arbeit nicht rechnen, die Speisen billiger zubereiten, als es die Zentralküchen mit bezahlten Arbeitskräften vermöchten; ganz abgesehen davon, daß die Entmündung der Kaufleute von der Tätigkeit in der Küche durchaus nicht wünschenswert sei. Es sei auch ein Verstummen, wenn man annehme, daß in den Zentralküchen ein Feilmaterial geparkt werde im Verhältnis zur Einzelküche. Im Winter dienten die Kochherde in zahlreichen Familien gleichzeitig zur Erwärmmung der Wohnung und im Sommer könne durch eine Kochstelle sehr viel an Heizmaterial gespart werden. Daneben müsse auch noch berücksichtigt werden, daß die Einrichtung der Zentralküchen ungeheure Ausgaben verursache, die nach Beendigung des Krieges verloren seien. Zum Schluß wollen wir noch erwähnen, daß auch zahlreiche Mittelstandsleute Gegner der obligatorischen Massenspeisung sind, weil sie befürchten, durch die Ausschaltung oder Beschränkung des Lebensmittelhandels aufs trockne gesetzt zu werden. Ein Händlerblatt schrieb höflich; bei dem System der Massenspeisung würden die Gemeinden Millionen verpulvern und die Arbeiter und ihre Frauen würden immer anspruchsvoller und unzufriedener werden. Auf einen solchen „Gegengrund“ brauchen wir wohl nicht zu antworten.

Wir haben hier die Gründe dargelegt, die für und gegen die Durchführung der zwangswise Massenspeisung sprechen. Im Grunde genommen kommt es darauf an, ob es richtig ist, daß bei einer längeren Dauer des Krieges eine ausreichende Ernährung des deutschen Volkes nach dem bisherigen System unmöglich sein wird. Wenn dies der Fall ist, so muß und wird die obligatorische Massenspeisung allen Schwierigkeiten zum Trotz kommen. Gegen wirtschaftliche Notwendigkeiten hilft kein Strauben.

Die Erhöhung der Lehrlingslöhne vom Innungsverband empfohlen.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe hat am 27. Juli den drei baugewerblichen Arbeiterverbänden die Antwort mitgeteilt, die der geschäftsführende Ausschuß des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister auf die Anregung, betreffend die Erhöhung der Lehrlingslöhne, erteilt hat. Die Antwort lautet:

An den Berlin, den 20. Juli 1916. Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, Berlin. Wir erkennen die Notwendigkeit einer angemessenen Erhöhung des den Lehrlingen zu den Kosten ihres Lebensunterhalts zu zahlenden Beitrages durchaus an und haben unsere Bezirksverbände und Innungsvorstände erneut auf diese Notwendigkeit hingewiesen. Eine Abschrift dieses Schreibens fügen wir bei und geben ergebens anheim, den Gewerkschaften davon Mitteilung zu machen.

Das erwähnte Rundschreiben an die Bezirksverbände und Einzelinnungen hat folgenden Wortlaut:

Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister. Berlin, den 20. Juli 1916. Die Vorstände unserer Bezirksverbände und Einzelinnungen. Die mit dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Tarifvertragsverhältnis stehenden Arbeitnehmergewerkschaften haben sich an den Wunsch mit dem Ersuchen gewandt, im Hinblick auf die bestehenden Lohnverhältnisse für eine Aufbesserung der Lehrlingslöhne einzutreten. Mit Recht hat der Bund die Vorschläge an unsern Verband abgegeben und zugleich dabei eine entsprechende Haltung befristet.

Wie schon durch unser Rundschreiben vom 4. Dezember vorigen Jahres, empfehlen wir den verehrlichen Vorständen

jetzt von neuem, der Frage der Lehrlingsabfindung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, eine angemessene Erhöhung des den Lehrlingen zu den Kosten ihres Lebensunterhalts zu zahlenden Beitrages einzutreten zu lassen.

Wir halten gegenüber der eingetretene Löhnerung eine solche Erhöhung auch deswegen für unbedingt notwendig, um unserm Gewerbe einen ausreichenden handwerklichen Nachwuchs zu sichern. Von verschiedenen Seiten ist übrigens im gleichen Sinne auch bereits in den Kriegsjahren unseres Vorstandes und auf mehreren Bezirksfesten auf diese Notwendigkeit hingewiesen worden. Es ist uns ferner bekannt, daß schon eine Reihe von Innungen Erhöhungen bewilligt hat; andererseits sind aber noch zahlreiche Bezirke vorhanden, wo die Lehrlingsvergütungen noch die alten Höhe aufweisen.

Die verehrlichen Vorstände werden dringend gebeten, sich die Förderung unseres Lehrlingswesens auf dem heute besonders wichtigen Gebiete des Lehrlingslosgelddbeitrages mit allen Mitteln anzulegen sein zu lassen und auch hier in ihren Innungsversammlungen Beschlüsse herbeizuführen, die einer Messung unserer gewerblichen Nachwuchsden den Weg zu ebnen geeignet sind.

Mit kollegialem Gruß Der geschäftsführende Ausschuß des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister. gez.: G. Wehrlich.

Die Erhöhung der Lehrlingslöhne wird also auch vom Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister empfohlen. Es wird nun Aufgabe unserer Zweigvereinsvorstände sein, darauf zu achten, daß die gemeinsamen Wünsche der Arbeiterverbände, des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister auch erfüllt werden. Es dürfte sich empfehlen, die Lehrlinge durch besondere Versammlungen unserer Zugsabteilungen vom Stand der Dinge zu unterrichten und später festzustellen, inwieweit die Lehrlinge erhöhte Löhne erhalten.

Die Auswandererfrage in Italien.

Die im „Grundstein“ ausgiebig behandelte Frage der Einwanderung ausländischer Arbeiter nach dem Krieg wird auch in Italien eifrig erörtert. Anlaß dazu haben neben der Gewerkschaftskonferenz in Paris besonders die Artikel im „Grundstein“ gegeben. Die italienischen Arbeiterblätter haben, wie uns von besonderer Seite berichtet wird, diese Artikel nachgedruckt und machen seit länglich längere Kommentare dazu. In den nachstehenden Darlegungen hat jemand, der die italienische Presse regelmäßig verfolgt, den Versuch gemacht, den derzeitigen Gedankengang der Italiener in dieser Sache zu zeigen. Er schreibt uns:

In letzter Zeit ist der Gedanke einer grundsätzlichen Regelung der Auswandererfrage in der Arbeiterpresse vielfach erörtert worden. Von mancher Seite wurde diesen Erörterungen mit dem Zweifel begegnet, ob überhaupt für die Zeit nach dem Krieg ein starker Zuzug von Ausländerarbeitern nach Deutschland zu erwarten sei, und man fand, daß abgewartet werden müsse, wie die in Frage kommende Arbeiterschaft im Auslande selbst zu der Annahme einer solchen Zuwanderung stehe. Da kann nun darauf hingewiesen werden, daß allerdings im Auslande die Zuwanderung nach Deutschland aufs eifrigste erörtert wird. Gerade in Italien gibt es zurzeit wohl kein Problem, das die Arbeiterschaft so sehr eingehenden Erörterungen veranlaßt, wie dieses. Das Material dieser Auseinandersetzungen reicht ins Ungemessene und ist, soweit es sich in der italienischen Arbeiterpresse findet, grundaft etwas verzerrt. Und zwar deshalb, weil die Scheidung der Arbeiter in diesen Punkten nicht entlang den Linien der üblichen weltlichen Scheidungen verläuft. Nicht syndikalistische und in den Arbeitskammern gewerkschaftlich organisierte Verbände haben in sich eine einheitliche Stellungnahme, sondern innerhalb der Organisationen nehmen einzelne Verbände eine ganz verschiedene Stellung ein. Im offiziellen Gewerkschaftsblatt äußert sich der Gewerkschaftsfreistatista M i g o l a in durchaus anderem Sinne als der Nationalrat der Gewerkschaften es auf seiner letzten Sitzung für wünschenswert erachtete.

Anlaß zu den Auseinandersetzungen gab die Konferenz der Gewerkschaften der verbündeten Länder und jetzt wieder aufs neue die bevorstehende Londoner Konferenz. Man erinnert sich wohl noch der scharfen Kritik, die aus den eigenen Reihen an der italienischen Gewerkschaftsleitung



geübt wurde, weil sich ihre Vertretung auf der Pariser Konferenz nicht mit der von Partei und Gewerkschaften eingenommenen Haltung zum Krieg vereinigen ließ. Die Gewerkschaftsführer, die in Paris waren, Quaglio und Rigola, wiesen zwar darauf hin, daß sie auf dem Heimweg von Paris die Stenografen Konferenz besucht und dadurch doch bewiesen hätten, daß ihre internationale Gesinnung nicht Schiffbruch gelitten habe. Der rein nationalstatische Charakter der Konferenz ließ sich aber, wo die Presse der syndikalistischen Kriegsfreunde so nachdrücklich und unentwegt immer wieder gerade ihn als Hauptgrund auszusprechen, nicht mehr gut abtun, und daher beschloß der in Florenz am 10. Mai tagende Nationalrat der Gewerkschaften, daß auf der Pariser Konferenz nur die Besprechung der Emigrationsfragen für ihn wesentlich war. Von diesem Standpunkt konnte er die Teilnahme seiner Mitglieder billigen; er beschloß aber, vom Besuch der Londoner Konferenz abzusehen. Wegen den letzteren Beschluß wird nun dauernd geltend gemacht, daß es im Interesse der italienischen Arbeiterklasse liege, die Auswandererfragen auf der Londoner Konferenz weiter zu besprechen, nachdem man in Paris damit den Anfang gemacht hat. Und innerhalb der Verbände finden die sechshelligen Erörterungen statt, trotzdem eigentlich die Emigrationsfrage gar nicht im Mittelpunkt des Programms der Londoner Konferenz steht, sondern die Regelung des internationalen Gewerkschaftsbundes. Allen diesen Erörterungen und auch den gegenseitlichen daraus entspringenden Stellungnahmen ist das eine gemeinsam, daß sie nicht nur die Befriedigung, sondern die Bewußtheit einer verstärkten Auswanderung nach dem Krieg voraussetzen.

Diese Voraussetzung übertrifft bei den neutralistisch eingestellten Organisationen keineswegs. Sie sind sich von Anfang des Krieges an des Unfalls bewußt gewesen, das die Auswanderung bedeutete, und sahen eine Erlösung nur im Kriegsende und der Wiederöffnung der Grenzen, über die die vielen Arbeitslosen wieder zurück- und hinausströmen können. Ueberzogen aber ist es, das gleiche von den revolutionären Syndikalisten zu hören, die monatelang das „große Italien“ im Grunde führten, das aus dem Krieg so stehend kräftig und der deutschen Vorbereitung sich hervorgehen werde, daß es alle seine Kinder ernähren könne und es eine Auswanderung kaum mehr geben werde. Auch jetzt noch begründen diese „revolutionären“ Kriegsführer die voraussetzungslos einsehende verstärkte Auswanderung weniger mit der Not des Angebots als mit der Not der Nachfrage. Es wird stets darauf hingewiesen, daß man der italienischen Arbeiter in den durch den Krieg daniederliegenden Ländern dringend bedürfe. Weniger, daß die Italiener dieser Arbeitsgelegenheiten bedürfen. Daß aber jeder schon während des Krieges so ist, das beweisen die dringlichen Bemühungen der Società Umanitaria, die Aufhebung des Auswanderungsverbots bei der Regierung im Interesse Arbeitsloser zu erreichen. Sie setzen es auch durch, daß seit einiger Zeit wieder Arbeiter in den vertriebenen Ländern und in Amerika Arbeit finden dürfen. Das Anknüpfen der Auswanderung nach dem Krieg ist also für die Arbeiterklasse Italiens keine Frage mehr. Die Frage ist nur: Was für?

Schon vor der genannten Pariser Konferenz wurde namentlich von syndikalistischer Seite Frankreich und Belgien als Ziel der Auswanderung empfohlen, erstens wegen der „größeren Sympathien“ für diese Länder und wegen der „Verwitterung“ der Deutschen über die Italiener. Ferner wurde die Unmöglichkeit, daß Frankreich und Belgien aus eigenen Kräften die Ummenge von auswandernden Arbeit nach all der Zerstörung leisten könnten, so nachdrücklich betont, daß der „A v a n t i“ einmal mit bitterer Ironie bemerkte, daß der Ruin des einen Verbündeten schließlich der einzige Vorteil für den anderen zu sein scheint. Die Pariser Konferenz machte nun die italienischen und andere Delegierte mit den Vorschlägen einer Nationalen Regelung der Ausländerfrage bekannt, die der französische Gewerkschaftsbund dem Ministerium gemeldet hat. In den zurzeit von gewerkschaftlichen Organisationen, Syndikalisten und der Società Umanitaria einberufenen Versammlungen wird diesen französischen Vorschlägen sehr durchweg zugestimmt. Meinungsverschiedenheiten, und zwar äußerst heftige, erhoben sich immer nur über die Frage der Teilnahme an der Londoner Konferenz. So kam es auf dem Kongreß für Emigration, den die Società Umanitaria in Parma — allerdings die Hochburg des Syndikalismus — einberief, zu wüsten Mahnungen. Der Vertreter der gewerkschaftlichen Arbeitskammer sprach davon, daß man nach dem Krieg natürlich auch die Auswanderung nach Deutschland wieder aufnehmen werde, worauf man gegen ihn als „Veräppler, Beflüsterer, Deutschfreund“ u. s. w. tobte.

Da die Antritts, der Führer der Syndikalisten, sich in längeren Artikeln dahin ausgesprochen hatte, daß die Auswanderung nach Deutschland nicht wünschenswert und nicht anzuerkennen wäre, so begreift man eigentlich nicht, warum der Artikel des „Grundstein“ bei ihm solche Empörung hervorrief, der für Deutschland eine ähnliche gesetzliche Regelung der Ausländerfrage vorschlägt, wie man sie in Frankreich gefordert und von italienischer Seite anerkannt hatte. Aber was den französischen Genossen recht ist, ist bei den deutschen noch lange nicht billig. Nicht nur die Antritts und seine kreisverbreiteten Organisationen ersehen in diesem „Grundstein“-Artikel den Beweis für die von jeder bekannte niedrige Gesinnung der deutschen Gewerkschaften. Selbst das offizielle Organ des Gewerkschaftsbundes bringt den Artikel mit dem recht bitteren Kommentar des Schweizer

Gewerkschaftsborgans und übersieht ihn mit seiner eigenen Empörung über den Ausfluß „autonominer Mut“. Gerade, der Herausgeber des „A v a n t i“, erstigt zwar in dem „Grundstein“-Artikel die Verärgerung der deutschen Gewerkschaften über die Teilnahme der italienischen Gewerkschaften an der Pariser Konferenz und eine „Drohung mit Repressalien“; aber immerhin hat er so viel Objektivität, „A v a n t i“ darauf hinzuweisen, daß die italienischen Gewerkschaften nicht die geringste Berechtigung dazu hätten, sich über die vorgezogene Regelung der Ausländerfrage aufzuregen, da sie genau das enthielten, was in Paris gefordert, was seit Jahren angestrebt, was in Italien sogar von Proving zu Proving, wenn irgend möglich, gelöst wird. Daraufhin antwortet Rigola im „A v a n t i“, ohne indessen darauf einzugehen, wie die Stellungnahme der deutschen Organisationen anders zu beurteilen ist als die der französischen. Und so geht es nun eine längere Artikelreihe im „A v a n t i“, die noch nicht abgeschlossen ist, über dies Thema hin und her. Noch heute hat es Rigola verstanden, auf den Kern der Sache einzugehen; nur endloses Material zur Beschuldigung der deutschen Gewerkschaften brachte seine langen Auseinandersetzungen, und wenn auch der „A v a n t i“ — fernabgesehen von Vorgehen der deutschen Organisationen wenig liebenswürdig und von Nationalismus diktiert findet, so wird er doch im ganzen ihrem Standpunkt gerecht. Auch verteidigt er sie gegen manchen, wenn auch nicht jeden Vorwurf, und erinnert daran, daß die italienischen Forderungen weit weniger in Deutschland als in Frankreich vorliefen. Ferner lehnt er es ab, Rigola zu glauben, daß die Nachfragen unter den deutschen organisierten Streitkräften ebenso leiden wie die Deutschen unter italienischen Streitkräften. Die Schweizer wüßten das wohl.

Neben diesen Auseinandersetzungen gehen andere her, die darin gipfeln, daß sich die Verbände für und wider die Londoner Konferenz erklären, und es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis sich die Stellung der italienischen Arbeiterklasse zu diesen Zukunftsfragen geklärt hat. Einseitig wird sie auf keinen Fall zu werden. Nur das eine steht wohl für alle fest: Ob unumstößlich wie früher oder ob gekemmt durch neue staatliche oder gewerkschaftliche Bestimmungen, der italienische Arbeiter rednet auch nach dem Kriegszug nicht mit der baldigen Erlösung vom Joche der Auswanderung.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Ergebnis der Feststellung vom 17. Juli.

Am dem Bericht sind alle Bezirke mit 834 Zweigvereinen beteiligt. Davon berichtigte 828 Zweigvereine mit 81 424 Mitglieder = 0,42 pZt. waren arbeitslos. Am Feststellungsdatum vorher betrug dies Verhältnis ohne den Bezirk Straßburg unter 81 480 Mitgliedern bei 386 Arbeitslosen 0,47 pZt. Am 17. Juli waren demnach 44 Mitglieder = 0,05 pZt. weniger arbeitslos. 1 pZt. überstieg die Arbeitslosigkeit nur in Karlsruhe mit 1,5 pZt. und in Straßburg mit 0,9 pZt. Karlsruhe hatte am vorigen Feststellungsdatum 10 000 Mitglieder, somit eine Zunahme von 1,5 pZt. In Straßburg ging die Arbeitslosigkeit seit dem 26. Juni um 0,3 pZt. zurück. In den Bezirken München und Stuttgart betrug die Arbeitslosigkeit gerade 1 pZt. Beide Bezirke hatten eine Abnahme, München um 0,2 pZt. und Stuttgart um 0,5 pZt. Am 15. März nahmen die Arbeitslosigkeit in Weßlau (0,2), in Hannover (0,1), in Bremen (0,5), in Hof (0,1), in Leipzig (0,3) um den eingeklammernten Prozentzahl zu. Demgegenüber hatten eine Abnahme Magdeburg (0,8), Frankfurt, Köln, Göttingen, Dresden (0,1), Braunschweig, Berlin, Erfurt (0,2). Von den übrigen 17 Bezirken mit weniger als 1 pZt. betragender Arbeitslosigkeit hatten 6 eine kleine Zunahme, nämlich Hannover, Hof, Nürnberg (0,1), Weßlau (0,2), Leipzig (0,3), Bremen (0,5) um den eingeklammernten Prozentzahl. Demgegenüber Magdeburg (0,8), Frankfurt, Köln, Göttingen, Dresden (0,1), Braunschweig, Berlin, Erfurt (0,2) eine geringe Abnahme. In Dortmund war das Verhältnis der Arbeitslosigkeit an beiden Feststellungen gleich, Nürnberg hatte auch diesmal keine Arbeitslosen. 128 Arbeitslose = 0,22 pZt. erzielten Arbeitslosenunterstützung; in der Vorwoche 191 Mitglieder = 0,23 pZt.; in der Berichtswode 9 = 0,01 pZt. weniger.

Bezirk	Zweigvereine	Mitglieder	In den berichteten Zweigvereinen	
			erzielten in der abgelaufenen Woche	erzielten in der abgelaufenen Woche
1. Königsberg	21	21	3186	—
2. Bromberg	35	35	1582	1
3. Stettin	58	58	1671	3
4. Breslau	55	55	3699	6
5. Berlin	81	81	8552	36
6. Magdeburg	89	89	6510	—
7. Erfurt	43	43	2670	4
8. Frankfurt	15	15	5430	3
9. Köln	14	14	3477	11
10. Dortmund	17	17	2399	—
11. Hannover	46	46	3263	2
12. Bremen	31	31	3038	3
13. Hamburg	73	73	5516	40
14. Hof	63	63	1902	2
15. Dresden	16	16	8486	8
16. Leipzig	79	79	9606	21
17. Nürnberg	25	25	3290	12
18. München	37	35	3371	21
19. Stuttgart	9	9	1245	7
20. Karlsruhe	16	16	2673	1
21. Straßburg	11	7	168	1
Zusammen	834	828	81424	182

In den berichteten Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Bezirk	Zweigvereine	Mitglieder	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos
1. Königsberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Bromberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Stettin	1	2	—	—	—	—	—	—	—
4. Breslau	4	6	—	—	—	—	—	—	—
5. Berlin	25	17	6	36	—	—	—	—	—
6. Magdeburg	1	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Erfurt	2	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Frankfurt	1	4	—	—	—	—	—	—	—
9. Köln	3	2	—	—	—	—	—	—	—
10. Dortmund	1	1	—	—	—	—	—	—	—
11. Hannover	4	2	—	—	—	—	—	—	—
12. Bremen	10	1	—	—	—	—	—	—	—
13. Hamburg	22	12	—	—	—	—	—	—	—
14. Hof	2	1	—	—	—	—	—	—	—
15. Dresden	12	2	—	—	—	—	—	—	—
16. Leipzig	21	13	—	—	—	—	—	—	—
17. Nürnberg	6	5	—	—	—	—	—	—	—
18. München	26	3	—	—	—	—	—	—	—
19. Stuttgart	3	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Karlsruhe	3	1	—	—	—	—	—	—	—
21. Straßburg	2	1	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	149	76	10	87	13	3	2	340	—

Aus den Tarifämtern.

Tarifamt Dresden. Das Tarifamt hatte sich in seiner Sitzung am 14. Juli mit folgenden Fragen zu befassen: 1. Ob den Zimmergefehen, die in Königsbrunn in Beschäftigung stehen, die Kriegszulage in Höhe von 10 A für die Stunde zu zahlen ist. 2. Ob auch den Zimmergefehen, die in Pulsnitz in Beschäftigung stehen, der für Königsbrunn geforderte Kriegszulage zu zahlen ist. — Die Entscheidung lautete: 1. Die Zimmergefehen, die in Königsbrunn in Beschäftigung stehen, haben die Kriegszulage von 10 A (6, 3 und 2 A) zu bekommen. 2. Die Zimmergefehen, die in Pulsnitz in Beschäftigung stehen, haben die gleichen Kriegszulagen wie die in Königsbrunn zu bekommen. In der Begründung wird gesagt, daß zwar Königsbrunn und Pulsnitz eine 5000 Einwohner hätten. Da aber feststehe, daß beide Orte zum Bezugsgebiete Ranneg gehörten, und da Ranneg 12 000 Einwohner habe, so gehörten sie zum Bezugsgebiete eines größeren Ortes und müßten demnach 10 A Zuerugszulage bekommen. Von der Arbeitslosen wurde eingewendet, daß diese Bestimmung lediglich für kleine Orte in der Nähe von großen Städten Anwendung finden solle. Sie befänden sich aber damit, daß nach dem bestimmten Wortlaut des Absatzes 2 der Vereinbarung vom 3. Mai die Arbeitslosen in Königsbrunn und Pulsnitz 10 A Zuerugszulage für die Stunde zahlen müßten.

Berichte.

Cassel. (Ein Jubiläum.) Am 11. Juli dieses Jahres hatte der hiesige Zweigverein eine Verammlung einberufen zum Gedenken an die Gründung der Hoffstelle Cassel des Zentralverbandes der Maurer vor 25 Jahren. Die Verhältnisse der Hoffstelle sind folgende: Die Hoffstelle der Hoffstelle aus der Hoffstelle in Cassel vor der Gründung des Zentralverbandes und bestonte, die Casseler Maurer hätten es mit Freuden begrüßt, als auf dem adigen deutschen Maurerkongreß in Göttinge der Zentralverband der Maurer gegründet wurde. Die Maurer Hoffstelle gründeten in einer am 9. Juni 1891 in dem Dorfe Wolfanger bei Cassel abgehaltenen Verammlung die Hoffstelle Cassel des Zentralverbandes der Maurer. 38 Kollegen schlossen sich damals sofort an. Diese kleine Hoffstelle in den ersten Jahren allerdings einen schweren Stand. Durch schlechte Konjunkturerhältnisse, durch ein bestimmtes Mißtrauen gegenüber der Organisation war die größte Anzahl der Kollegen recht schwer zur Organisation heranzuziehen. Trotzdem war es gelungen, bis zum Jahre 1896 rund 300 Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Erst der Streik um Erhöhung der Löhne im Jahre 1898 und sein Erfolg brachte das bis des Mißtrauens gegenüber der Organisation, so daß nun die Hoffstättzahl in jeder Jahre mehr zunahm und Cassel seitdem auf eine festgesetzte Organisation zurückzuführen kann. Von den 38 Mitglidern, die im Jahre 1891 sich ihnen angeschlossen, andere sind der Organisation nicht immer treu geblieben, so daß wir heute noch neun Kollegen als Jubilare mit fünfzigjährigem Mitgliedschaft in der Hoffstättorganisation begrüßen können. Ihre Namen sind: Carl Hehne, Ferd. Brandt, Carl Junglaus, Carl Hoffmann, Wilh. Kerl, Christ. Mayer, Heinr. Sauer, Heinr. Trampedach und Joh. Jaja. Kollege Junglaus führte dann den Anwesenheit die Erfolge der Weltkriegen zur Gründung unserer Hoffstelle und Arbeitsbedingungen vor Augen; er teilte mit, daß im Jahre 1891 ein Streiklohn von 18 S bis 35 S gezahlt wurde; heute ist der tarifliche Stundenlohn 78 S. Diese Erfolge konnten allerdings nur erlangen werden, indem auch die Casseler Maurer große Kämpfe führten und bei diesen Kämpfen erhebliche Opfer auf sich nahmen. 1896 dauerte der Streik drei Wochen; Untereinander geschloßen, 1898 bekamen wir durch die Einbindung weiterer 3, so daß der Lohn auf 42 S die Stunde kam. 1900 wurden 45 S gefordert; aber trotz erheblichen Streiks erzielten die Kollegen nichts, erreichten aber, daß im Jahre 1901 ein Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen wurde, in dem uns die 45 S Lohn zugesichert wurden. Dieser Vertrag wurde 1903 von den Unternehmern geschloßen und die Maurer ausgeführt. Nach dreizehnjähriger Ausübung wurde durch einen Lohn von 50 S. Nach einer abermaligen Erhöhung um 4 A im Jahre 1906 kam es dann 1910 zu der großen Ausübung, bei der weitere 5 S Lohnzuschlag als Ergebnis der Hoffstelle Maurer herauszubringen. Seit dieser Zeit hat sich die Hoffstelle immer auf glücklichen Wegen mit uns abgefunden. So haben die Casseler Maurer in

den verflochtenen 25 Jahren ihren Mann gestanden. Hoffen wir, daß auch in fernem Zukunft hier ein Mann in der Organisation stehe; es wird für alle Bauarbeiter von gleichem Vorteil sein.

Ein prügelnder Baumeister.

In Cränheim wird von der Firma Göttschmann ein Fabrikanbau ausgeführt. Auf diesem wird der Transport des Materials nach oben mittelst Maschine bewirkt. Bei einem Versuch des Herrn Göttschmann, ein Hilfsarbeiter eine Karre auf dem Aufzug, wobei ihm das Kabelfaß zwischen zwei Rollen geriet und durch den Anprall dem Herrn Baumeister etwas Stoff an die Hüften spritzte. Herr Göttschmann verurteilte den Arbeiter sehr hart, indem er ihn, außerdem er noch zwei weitere Arbeiter, mit einem Knüttel und Eisenhaken und Seilwerkzeugen, in die Gasse schickte. Herr Göttschmann hat die Arbeiter zehn Stunden gefesselt. Herr Göttschmann ist ein Stubenordner in Cränheim. Auch im Schuppen ist Herr Göttschmann im Schutze, Knechtchen und alle möglichen Stoffen gebraucht, er geht und oft. Angehörige solcher Vorherrschaft ist es die größte Pflicht der Arbeiter, sich der Organisation anzuschließen, damit die Herren keinen, auch die Arbeiter als Menschen zu behandeln.

Die Feuerungszulage im Bezirk Nürnberg.

Vom Bezirksausschuß in Nürnberg wird uns geschrieben: Am 8. Juli haben wir in unserm Bezirk Erhebungen darüber gepflogen, wie viele Unternehmer in den einzelnen Vertragsgebieten zugehörig sind, wie viele davon Feuerungszulage bezahlen und wie viele die 1. Juli fällige Feuerungszulage bezahlen. In Nürnberg sind sieben Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Ansbach sind acht Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Bamberg sind sieben Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Bayreuth sind sechs Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Coblenz sind fünf Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Eger sind vier Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Gera sind drei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Hof sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Regensburg sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Schweinfurt sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Würzburg sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Bamberg sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Bayreuth sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Coblenz sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Eger sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Gera sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Hof sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Regensburg sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Schweinfurt sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen. In Würzburg sind zwei Baunternehmer vorhanden, die alle Arbeiter beschäftigen und die alle die Feuerungszulage zahlen.

Erhöhung der Postgebühren!

Wir machen alle Kollegen, insbesondere aber die, die an den Vorstandsvorstand, die Redaktion oder an andere Verbandskörper schreiben, darauf aufmerksam, daß vom 1. August an für Briefe, Postkarten, Pakete und Telegramme ein erhöhtes Porto zu zahlen ist. Es kosten Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr 7 Pf. Briefe im sonstigen Verkehr: bis zu 20 Gramm Gewicht . . . 15 Pf. mit über 20 Gramm Gewicht . . . 25 Pf. Postkarten 7 Pf. Für Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr sowie für Postkarten sind also 2 Pf. mehr, für Briefe im sonstigen Verkehr 5 Pf. mehr zu zahlen als bisher. Wir bitten unsere Kollegen dringend, dies zu beachten und dem Verband keine unnötigen Kosten durch Strafporto zu machen. Die Versender von Paketen und Telegrammen erkundigen sich am besten bei der Post nach den neuen Portojätzen.

Stöberische Wiederaufbaugesellschaft gehen aber die Berliner Vereinbarungen nicht für dieses Gebiet in Kraft vor der gesagten Vereinbarung ein besonderer Vertrag abgeschlossen worden, der Lohnverhältnisse bis zu 85 % die Stunde brachte. Diese Lohnverhältnisse sind schon Anfang April in vollem Umfang in Kraft getreten (abgesehen von Gumbinnen, wo der Lohn am 1. Juli von 80 auf 85 % getrieben ist). Für das Wiederaufbaugesbiet ist also wieder jetzt noch am 1. September eine Lohnverhöhung fällig. Auch in den anderen Orten, die nicht unter die Berliner Vereinbarungen fallen, sind nicht diese, sondern die besonderen für die betreffenden Orte abgeschlossenen Verträge maßgebend. So ist zum Beispiel in 80 % vom 8. August an eine Lohnverhöhung von 3 % zu zahlen.

Gipser und Stukkateure.

Eine Erwiderung auf den Bericht aus Essen in Nr. 29 des „Grundstein“ sendet uns der Kollege Franz Schöndorfer. Leider kann er die ihm gemachten Vorwürfe nicht heilen, sondern muß sie unter aller Umständen auf die Gipser übertragen und auf den Vertreter des Bezirks in Nr. 29 als wahr gegeben. Er arbeitet, so sagt er, seit einige Wochen in Essen und habe noch keine andere Arbeitsstelle gesucht. In Essen werde aber auf den meisten Baustellen schon Jahr und Tag länger als neun Stunden gearbeitet. Es gehe nicht an, für die Gipsermeister in Essen die paar Dutzender Kollegen hafter zu machen. Verhältnisse einzelner Firmen man nicht der ganzen Organisation anhängen; auch gebe es in Essen etwaliche Stellen, die nicht als Engel gäßen. Wenn die Energie der Gipser Kollegen nicht auf den Punkt gebracht werden würde, dann hätten sie den Gipsermeister schon längst gezeigt, was eine Sache ist und hätten sich nicht nur als Klotzen einer Feuerungszulage, sondern noch ein bißchen mehr erhitzen. Die Gipser Kollegen ließen sich von den Unternehmern an der Nase herumführen, obwohl nicht genug Gehalt auszureichen hätten. Er habe den Kollegen Schöndorfer im Beisein der ganzen Kollegenliste erklärt, daß ein solches Aufeinander mit der Arbeiterschaft nicht im Handwinken beizubringen lasse und daß ferner „durch Einziehen eines so förmlichen Klotzes in den Familien der verarbeiteten Kollegen selbstige gezwungen sind, länger als nötig zu arbeiten“. Solche Töne gibt also zu, daß er nicht nur nichts gegen den Vertreter der Arbeiterschaft unternommen, sondern sie sogar noch beleidigt hat. Am Schluß des Schreibens heißt es: „Mit der Bezeichnung, ich sei ein Anhänger Liebschneiders, scheint der Verfasser den Vogel abzufeuern. Ja, ja! Freier, wieviel vor einem Jahre noch nicht der gegogen, jemand mit der Bezeichnung, er sei ein Anhänger Liebschneiders, herabzuwürdigen. Heute bin ich geradezu stolz darauf, als Anhänger Liebschneiders denannt zu werden. Ich möchte nur wünschen, daß wir in der Organisation noch weiter hätten, die mit solchem Mut und solcher Entschlossenheit die Interessen der Arbeiterschaft vertreten.“ Wir überlassen es der Beurteilung unserer Kollegen, ob sich das Verhalten des Kollegen Schöndorfer auf der Art, die wir es den Anforderungen vereinbaren heißt, die man an einen Klassenkämpfer im Liebschneiders Sinne stellt. Mit Mut und Entschlossenheit bei der Beförderung der Arbeit ritterellen hat es jedenfalls nicht zu tun.

Bremen. Am 14. Juli haben die hiesigen Stukkateure einmütig die Arbeit eingestellt. Seit 1. Juli 1913 hat der Lohn der Stukkateure in Bremen keine Aufbesserung erfahren. Jedem Verzicht nach dieser Richtung ist von den Unternehmern hartnäckigen Widerstand entgegen. Eine am 5. Juli an die Stukkateurfirmen ergingende Lohnforderung wurde ohne Gehör zum Verhandlungen blieb unbeantwortet. Somit haben sich die Stukkateure gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Wir wünschen die Kollegen, Bremen bis auf Weiteres zu meiden.

Vom Bau.

Unfälle. Am 8. Juli stürzte in Rempen der Maurer Martin Speer vom Gerüst und verlor, ohne daß Rettungsseil wieder ertangt zu haben. Der Kollege war mit einer Ausbesserungsarbeit am Heidengebäude beschäftigt. Speer war 23 Jahre bei der Firma Weg in Rempen in Arbeit; nun stellte die Firma Weg, daß der Sturz nur dem Unfallverdächtigsten zuzuschreiben ist. Ob die Vorzeichen der Bauarbeiterchancen besetzt wurden und ob Sachverständige den Tatbestand feststellen, ist uns nicht bekannt. Der Fall ist eine Mahnung, wie leicht man die Schuld auf den Arbeiter schiebt, dann kommt man am schnellsten darüber hinweg. Am 7. Juli ereignete sich in Dresden in der Gumbinnstraße ein Unfall mit tödlichem Ausgang. Eine Anzahl Maurer hatten dort eine etwa 12 m lange, 3,50 m hohe und 0,65 m starke Kellermauer aus Sandstein aufgeführt. Das dahinterliegende Erdreich war durch Schaltung abgetragen. Als die Mauer vollendet und die Maurer bereits im Innern des Raumes beschäftigt waren, wurde die Schaltung entfernt. Durch das Herabfallen des Erdreiches waren die Erdmassen aufgeweicht und der verordnete Stützanker nicht genügend abgedeckt. Durch den Druck der Erdmassen sank die Mauer ins Boden und stürzte nach innen zusammen, die Maurer unter sich begräbend. Während nun ein Maurer, ein Zimmerer und der amvordere Unternehmer Eiter mit leichteren Verletzungen davonkamen, wurden ein Maurer beide Schenkelbeine zertrümmert, wurden als Leiche unter den Trümmern herangezogen worden, war als Leiche unter den Trümmern herangezogen worden, war als Leiche unter dem Transport von 2 Leuten so schwer, daß sich seine Ueberführung in die Wohnung durch Beschränkung machte. Der Verunglückte kam durch Fall unter die abgehenden Träger zu liegen und trug schwere Verwundungen davon, doch scheint ein Verbruch nicht vorzuliegen. Wie schon oft, so wird man auch diesmal wieder vergeblich nach einem Schuldigen suchen und das Unglück einem Zufall zuschreiben. Man muß aber sagen, daß zum Transport von drei 600 kg langen und 20 cm hohen Ziegeln ein zweirädriger Karren höchst ungeeignet ist. Die Arbeiter sollten von vornerein solche Transportmittel ablehnen.

Geschäftsergebnisse im Jahre 1915. Die Portlandzementwerke AG hat im Jahre 1915 eine Anzahl neuer Aufträge zu erledigen und außerdem noch Arbeiten zu vollenden, die vor dem Kriegsausbruch begonnen wurden. Trotz der zahlreichen Aufträge schließt das Geschäftsjahr für die AG mit einem Verlust von 1.428.000 ab. Allerdings scheinen hiervon 1.250.000 auf ausständigen, besonders auf russische Forderungen zu entfallen. Der Verlustbetrag für das laufende Geschäftsjahr ist gut.

Handwerkerorganisationen. Der Zusammenschluß von Handwerkern zu Arbeits- oder Liefergenossenschaften geht weiter. In letzter Zeit bildeten in Gießen, Korbheim und Brandenburg a. d. H. die Tischlermeister, in Krausnick die Schlossermeister und in Nürnberg die Malermeister Liefergenossenschaften.

Ueber die Förderung des Kleinwohnungsbaues sprach auf der Jahresversammlung des Verbandes von Erdarbeiten in Nürnberg, am 26. Juni dieses Jahres Landtagsabgeordneter Genosse Fräßdorf. Seine Ausführungen gingen dahin, daß eine baldige und umfangreiche Herstellung guter und preiswerter Kleinwohnungen im Interesse der Arbeiterbevölkerung und der Volksgesundheit unbedingt gefordert sei. Hierzu seien vor allem gemeinnützige Bauvereinigungen geeignet. Die Kleinwohnungsbaue werden vornehmlich nach dem Kriege eine Verschärfung erfahren, da viele Familien, die zurzeit zusammenwohnen, wieder ihren eigenen Hausstand gründen werden, und auch die Zahl der Hochzeitsleistungen entsprechend eine starke Steigerung erfahren würde. Als wichtigstes Mittel hierzu sei die Herbeiführung der erforderlichen Kleinwohnungen die Schwerpunkt der Beschaffung von Kredit zu sein und nach dem Kriege entgegen. Da das Privatkapital durch den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens aufgelassen werde, müßten Reich, Staat und Gemeinden den Kleinwohnungsbaue durch Beschaffung von Baugeld und Kapital beziehungsweise Kredit fördern. Aber wie die Landesversicherungsanstalten müßten auch die übrigen Träger der Arbeiterversicherung, besonders auch die Krankenkassen aller Art, mehr als bisher ihre Ueberflüsse und einen Teil ihrer Ueberflüsse dem Kleinwohnungsbaue dienlich machen. Hierbei müßten die gemeinnützigen Bauvereinigungen die vor allem bevorzugt werden. — Im Anschluß daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den Vorstand des Verbandes beauftragte, die nötigen Schritte zu tun, die im Augenblicke des Kleinwohnungsbaues zu fördern.

Submissionen. Das königliche Betriebsamt 1. Ein, hatte die Ausführung von Betonsockelunterlagen in einem Hofmollschuppen zu vergeben. Bei der Verdingung forderten Bernhard Dreißler, Neuh., 14.654 und Gebroder, Marz, Gumbinnstr., 14.418. Zwischen diesen beiden Firmen noch neun andere Unternehmer, deren Forderungen in gleicher Folge abgelehnt sind. — Die Eisenbahndirektion hatte die Arbeiten zur Herstellung eines 440 m langen Bahnhofs zu vergeben. Die Firma Heinrich Söder, Wülheim, verlangte 1.429.419,00 dafür, während die Firma Heinrich Beckmann, Düsseldorf, 1.401.662,25 forderte. Das sind bezugsweise höhere Kosten.

Wemut. Der Deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe hat bei der Wemut protestiert gegen die neuen Verordnungen über die Beschäftigung der Zementfabrikation, da er von diesen Maßnahmen mit dem ihm eine schwere Schädigung des Baugewerbes fürchtet. Er ist in der Tat unverändert, wie die Regierung einmal eine Beschäftigung des Baugewerbes nach dem Friedensschluß ihre besondere Aufmerksamkeit widmen muß, und wie sie einander mal die geringe Bauqualität während des Krieges noch weiter behindert durch Verordnungen, deren einziger Zweck doch auf eine Vetterierung eines notwendigen Baumaterials hinaus

